

**Vorlage**

**an den Haushalts- und Finanzausschuss**



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/11000  
Drucksache 17/11800  
Drucksache 17/11850

**Einzelplan 14** - **Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**

**Votum**

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung fallenden Teile des Einzelplans 14 werden ohne Änderungen angenommen.



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) - Drucksache 17/11100 - wurde vom Plenum nach 1. Lesung am 7. Oktober 2020 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Am 11. November 2020 ging dem Landtag mit der Drucksache 17/11800 eine 1. Ergänzung zu und am 13. November mit der Drucksache 17/11850 eine 2. Ergänzung.

### **B Beratungen**

Der Einzelplan 14 (Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie) wurde vom Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung in dessen Sitzungen am 28. Oktober 2020 und 18. November 2020 beraten. Die Vorlagen 17/3869, 17/4014 und 17/4171 flossen in die Beratungen ein.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fand in der Sitzung am 18. November 2020 statt.

### **C Anträge der Fraktionen**

Die aus der Anlage ersichtlichen Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14 mit den laufenden Nummern 1 bis 19 wurden im Fachausschuss in der Sitzung am 18. November 2020 zur Beratung aufgerufen und zur Abstimmung gestellt.

Zu den Begründungen der antragstellenden Fraktionen sowie den Abstimmungsergebnissen und dem Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den Anträgen im Einzelnen wird auf die Anlage verwiesen.

### **D Gesamtabstimmung**

Bei der Abstimmung über den Einzelplan 14 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung - sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD für dessen unveränderte Annahme aus.

Georg Fortmeier  
Vorsitzender

## **Anlage**

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
1	AfD	<p><b>Kapitel</b>                    <b>14 010</b>            <b>Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe</b></p> <p><b>Titel</b>                        <b>526 01</b>            <b>Sachverständige</b></p> <p><b>Zurückführung auf den Ist-Wert des Jahres 2018</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left; width: 15%;"><b>2021</b></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">894.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">894.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">564.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">330.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Nach Ist-Werten von 323.000 Euro in 2019 und 330.000 Euro in 2018 erscheint ein Haushaltsansatz, der dem 2,7-fachen der Ist-Werte entspricht, unrealistisch. Der Zuwachs des Personalstammes des Ministeriums seit 2017 wird darüber hinaus ermöglichen, dass externen Dienstleistern in größerem Umfang zugearbeitet und deren Aufgaben umfänglicher vorbereitet werden können, was die hier angesprochenen Aufwendungen eher mindert als erhöht. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	<b>2021</b>						Von	894.300	Euro		894.300	Euro	um	564.300	Euro				auf	330.000	Euro				<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein  SPD        nein  FDP        nein  GRÜNE    nein  AfD        ja</p>
<b>2021</b>																											
Von	894.300	Euro		894.300	Euro																						
um	564.300	Euro																									
auf	330.000	Euro																									

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
2	AfD	<p><b>Kapitel 14 010 Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe</b></p> <p><b>Titel 531 10 Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p><b>Zurückführung auf den Ist-Wert des Jahres 2019</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">2021</th> <th style="text-align: left;">Ansatz lt. HH 2020</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von 447.100 Euro</td> <td>547.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 342.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 105.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Mehrbedarf an Beschaffung von Informationsmaterial und zur Unterrichtung der Bevölkerung ist in Zeiten des Internets nicht nachvollziehbar und zeugt möglicherweise lediglich von einer unzureichenden Digitalisierung der Verwaltung. Einer zu komplexen Förderkulisse ist nicht mit mehr Information, sondern mit einer Vereinfachung der Förderprogramme zu begegnen. Die Ist-Werte von 105.000 Euro in 2019 und 149.000 Euro in 2018 zeigen, dass der Ansatz mit dem dreifachen Wert des Jahres 2018 unrealistisch ist. Der Personalzuwachs im Bereich des Ministeriums seit 2017 bietet darüber hinaus ausreichend Raum, Mehrbedarf an Information aus dem Ministerium heraus zu leisten. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	2021	Ansatz lt. HH 2020	Von 447.100 Euro	547.100 Euro	um 342.100 Euro		auf 105.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
2021	Ansatz lt. HH 2020										
Von 447.100 Euro	547.100 Euro										
um 342.100 Euro											
auf 105.000 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag				Abstimmungsergebnis																						
3	AfD	<p><b>Kapitel</b>                    <b>14 010</b>                    <b>Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe</b>                <b>63</b></p> <p><b>Titel</b>                            <b>547 63</b>                    <b>Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CSR-Strategie NRW)</b></p> <p><b>Streichung des Ansatzes</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left; width: 15%;"></th> <th style="text-align: left; width: 15%;"><b>2021</b></th> <th style="text-align: left; width: 15%;"></th> <th style="text-align: left; width: 15%;"></th> <th style="text-align: left; width: 15%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></th> <th style="text-align: left; width: 15%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von</td> <td>460.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>460.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>460.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Rechtsprechung und Gesetz bilden einen ausreichenden Rahmen für die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, die auch u.a. von Gewerkschaften, Arbeitgebervertretungen und Sozialverbänden hinreichend geprägt, ausgestaltet, überwacht und an die jeweiligen Herausforderungen angepasst werden. Eine mit dem Titel beabsichtigte, zusätzliche Vernetzung von „Akteuren“ ist vor dem Hintergrund der zahlreichen bereits bestehenden Netzwerke, Beiräte, Kommissionen, Beauftragten und „Cluster“ entbehrlich.</p>		<b>2021</b>			<b>Ansatz lt. HH 2020</b>		Von	460.000	Euro		460.000	Euro	um	460.000	Euro				auf	0	Euro				<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        nein FDP        nein GRÜNE    nein AfD        ja</p>	
	<b>2021</b>			<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																								
Von	460.000	Euro		460.000	Euro																							
um	460.000	Euro																										
auf	0	Euro																										

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
4	AfD	<p><b>Kapitel</b>            <b>14 010</b>    <b>Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe</b>        <b>64</b></p> <p><b>Titel</b>                <b>alle</b>            <b>Standortmodell „Metropolregion NRW“</b></p> <p><b>Streichung des Ansatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>2021</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">375.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">375.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">375.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Eine mit dem Titel beabsichtigte, zusätzliche Entwicklung von Netzwerkstrukturen ist vor dem Hintergrund der zahlreichen bereits bestehenden Netzwerke, Beiräte, Kommissionen, Beauftragten, Multiplikatorengruppen und „Cluster“ entbehrlich.</p>		<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>		Von	375.000	Euro	375.000	Euro	um	375.000	Euro			auf	0	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        nein FDP        nein GRÜNE    nein AfD        ja</p>
	<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
Von	375.000	Euro	375.000	Euro																			
um	375.000	Euro																					
auf	0	Euro																					

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
5	AfD	<p><b>Kapitel 14 010 Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe 95</b></p> <p><b>Titel 526 95 und 527 95 Maßnahmen im Zusammenhang mit den Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz“</b></p> <p><b>Zurückführung auf den Ist-Wert des Jahres 2018</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left; width: 15%;"><b>2021</b></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">7.035.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">7.035.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.885.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.150.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Nach Ist-Werten von 3.917.000 Euro in 2019 und 4.150.000 Euro in 2018 ist die Erhöhung des Ansatzes unrealistisch. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	<b>2021</b>						Von	7.035.000	Euro	7.035.000	Euro		um	2.885.000	Euro				auf	4.150.000	Euro				<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU    nein SPD    nein FDP    nein GRÜNE nein AfD    ja</p>
<b>2021</b>																											
Von	7.035.000	Euro	7.035.000	Euro																							
um	2.885.000	Euro																									
auf	4.150.000	Euro																									



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
6	AfD	<p><b>Kapitel 14 010 Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe 96</b></p> <p><b>Titel alle Errichtung und Betrieb eines automatisch arbeitenden radiologischen Fernüberwachungssystems für kerntechnische Anlagen in NRW (RFÜ)</b></p> <p><b>Zurückführung auf den Ist-Wert des Jahres 2019</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>322.000</td> <td>Euro</td> <td>322.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>281.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>41.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Nach Ist-Werten von 41.000 Euro in 2019 und 44.000 Euro in 2018 ist die Erhöhung des Ansatzes unrealistisch. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	<b>2021</b>			<b>Ansatz lt. HH 2020</b>		Von	322.000	Euro	322.000	Euro	um	281.000	Euro			auf	41.000	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU    nein SPD    nein FDP    nein GRÜNE nein AfD    ja</p>
<b>2021</b>			<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
Von	322.000	Euro	322.000	Euro																			
um	281.000	Euro																					
auf	41.000	Euro																					

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
7	AfD	<p><b>Kapitel</b>            <b>14 010</b>    <b>Ministerium</b></p> <p><b>Titelgruppe</b>       <b>97</b></p> <p><b>Titel</b>                <b>alle</b>            <b>Maßnahmen im Zusammenhang mit der Strahlenschutz-Rufbereitschaft der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde ...</b></p> <p><b>Zurückführung auf den Ist-Wert des Jahres 2019</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">121.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">121.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">21. 000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Ist-Werte von 21.000 Euro in 2019 und 12.000 Euro in 2018 zeigen, dass der Ansatz mit dem rund zwei- bis vierfachen Wert der Vorjahre unrealistisch ist. Der Personalzuwachs im Bereich des Ministeriums seit 2017 bietet darüber hinaus ausreichend Raum, Mehrbedarf an Leistungen und Unterstützende Tätigkeiten aus dem Ministerium heraus zu leisten. Der Mehraufwand ist entbehrlich.</p>	<b>2021</b>			<b>Ansatz lt. HH 2020</b>		Von	121.000	Euro	121.000	Euro	um	100.000	Euro			auf	21. 000	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        nein FDP        nein GRÜNE    nein AfD        ja</p>
<b>2021</b>			<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
Von	121.000	Euro	121.000	Euro																			
um	100.000	Euro																					
auf	21. 000	Euro																					

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
8	SPD	<p><b>Kapitel 14 300      Klimaschutz und Energiewende</b>  <b>Titel 686 11        Zuschuss an das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 4.800.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 144.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 4.944.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zu- teilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 4.800.000 Euro	4.500.000 Euro	um 144.000 Euro		auf 4.944.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von 4.800.000 Euro	4.500.000 Euro																				
um 144.000 Euro																					
auf 4.944.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
10	GRÜNE	<p><b>Kapitel 14 300</b> <b>Titelgruppe 62</b> <b>Titel 634 62</b></p> <p><b>Klimaschutz und Energiewende</b> <b>Klimaneutrale Landesverwaltung</b> <b>sonst. Zuweisungen an Sondervermögen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 0 Euro um 100.000.000 Euro auf 100.000.000 Euro</p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b>  0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Mittel sollen dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb zur Verfügung stehen, um Investitionen in die klimafreundliche Energieversorgung der Landesliegenschaften vornehmen zu können und die energetische Sanierung der Landesliegenschaften mit zusätzlichen Investitionen zu beschleunigen. Diese Maßnahmen sollen sowohl der Zielerreichung einer Klimaneutralen Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 also dem Klimaschutz dienen, sondern gleichsam die Auswirkungen der Covid 19-Pandemie auf die Konjunktur abmildern. Der vorliegende Ansatz setzt dabei auf den im Rahmen des Nachtragshaushalts bereitgestellten Mitteln in Höhe von 30 Millionen Euro für die Installation von PV-Anlagen auf Dachflächen von BLB-Gebäuden auf.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        Enthaltung FDP        nein GRÜNE    ja AfD        nein</p>





**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
13	GRÜNE	<p><b>Kapitel 14 300</b> <b>Titelgruppe 64</b> <b>Titelnummer 633 64</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Energiewende und Klimaschutz Zielgruppenorientierter Klimaschutz Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 40.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Landesregierung muss das kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement stärker unterstützen. Die Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums bietet Kommunen zwar attraktive Fördermöglichkeiten für das kommunale Klimaschutzmanagement, insbesondere für die erstmalige Erstellung von Klimaschutzkonzepten und den zeitlich befristeten Aufbau von Personalkapazitäten. Klimaschutzmanagerinnen und -manager werden aufgrund der Fördersystematik jedoch häufig nur befristet eingestellt und bei Beendigung der Förderung nicht weiter beschäftigt. Damit endet nicht selten auch die Umsetzung und Fortschreibung von Klimaschutzkonzepten, bei welchen auch nur die erstmalige Erarbeitung gefördert wird. Hier sollte das Land NRW seine Verantwortung anerkennen und eine landesseitige Anschlussförderung des Klimaschutzmanagements, nach Auslaufen der maximal fünfjährigen Förderung des Bundesumweltministeriums, mit vergleichbaren Fördersätzen sicherstellen. Insbesondere soll das Land die</p>	<b>2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 0 Euro		um 40.000.000 Euro		auf 40.000.000 Euro	0 Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von 0 Euro																					
um 40.000.000 Euro																					
auf 40.000.000 Euro	0 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	Enthaltung																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				



		Weiterbeschäftigung von Klimaschutz-Managerinnen und -Managern fördern, die Einrichtung eines Klimaanpassungsmanagements und die Fortschreibung von (integrierten) Klimaschutzkonzepten.	
--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
14	GRÜNE	<p><b>Kapitel 14 300</b> <b>Titelgruppe 64</b> <b>Titelnummer 883 64</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Energiewende und Klimaschutz Zielgruppenorientierter Klimaschutz Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 250.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 250.000.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Landesregierung muss die Kommunen beim kommunalen Klimaschutz stärker unterstützen. Zum einen sollte die Absenkung der Eigenanteile der Kommunen bei Förderungen über die Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums wie sie im Konjunkturpaket der Bundesregierung enthalten war, weitergeführt werden. Zum anderen sollte die Landesregierung ein Förderprogramm in Höhe von 200.000 Millionen Euro auflegen, mit dem kommunale Klimaschutzinvestitionen im Jahr 2021 gefördert werden können. Diese Investitionen können flächendeckend einen wirksamen Beitrag zur Unterstützung der Konjunktur und der kommunalen Klimaschutzstrategien leisten.</p>	<b>2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von 0 Euro		um 250.000.000 Euro		auf 250.000.000 Euro	0 Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
<b>2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von 0 Euro																					
um 250.000.000 Euro																					
auf 250.000.000 Euro	0 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	Enthaltung																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
15	GRÜNE	<p><b>Kapitel 14 300</b> <b>Titel neu</b></p> <p><b>Energiewende und Klimaschutz</b> <b>Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise" zur Kompensation von Investitionsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 0 Euro um 350.000.000 Euro auf 350.000.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2021 Investitionen getätigt werden, die die drohende schwere Rezession in Folge der akuten Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 14 300.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        Enthaltung FDP        nein GRÜNE    ja AfD        nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
16	AfD	<p><b>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende</b></p> <p><b>Titelgruppen alle</b></p> <p><b>Titel alle Außer Zuschüsse an das Ener- giewirtschaftliche Institut der Uni Köln 686 10 165</b></p> <p><b>Streichung des gesamten Ansatzes</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">2021</th> <th style="text-align: left;">Ansatz lt. HH 2020</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von 143.629.000 Euro</td> <td>164.515.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 142.829.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Die zur Begründung des Kapitels heran gezogene Übereinkunft innerhalb der „internationalen Staatengemeinschaft“ gibt es nicht: Weite Teile der internationalen Staatengemeinschaft (u.a. Indien, China, Russland, USA) lehnen eine entsprechende Übereinkunft ab oder sind so weit privilegiert, dass ihre eigenen Bemühungen rein symbolischer Natur sind. Selbst eine 100%-ige Erfüllung aller sog. Klimaziele der Bundesrepublik Deutschland oder des Bundeslandes NRW haben so einen kaum messbaren, verschwindend geringen Einfluss auf das Temperaturgeschehen auf den Planeten Erde und sind deshalb mit dem geplanten Aufwand unverhältnismäßig. Der Zuschuss an das EWI soll erhalten bleiben und ist in Kapitel 14 400 des Einzelplanes einzufügen.</p>	2021	Ansatz lt. HH 2020	Von 143.629.000 Euro	164.515.900 Euro	um 142.829.000 Euro		auf 800.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
2021	Ansatz lt. HH 2020										
Von 143.629.000 Euro	164.515.900 Euro										
um 142.829.000 Euro											
auf 800.000 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
17	AfD	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbes. des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe</b></p> <p><b>Titel 682 10 Institutionelle Förderung der Außenwirtschaftsgesellschaft NRW</b></p> <p><b>Kürzung des Ansatzes auf den Ist-Wert 2018</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">2021</th> <th style="text-align: left;">Ansatz lt. HH 2020</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von 17.747.600 Euro</td> <td>14.740.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.899.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 13.848.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Titel ist die Bündelung der Aktivitäten von NRW.Invest und NRW.International GmbH, die in den Vorjahren in Kapitel 14 730 mit den Titelgruppen 73 und 74 veranschlagt waren. In Summe waren dies ein Ansatz von 14.740.000 Euro in den Jahren 2020 und 2019 und ein Ist-Wert von 13.848.000 Euro im Jahr 2018. Die durch den Zusammenschluss gehobenen Synergien müssen zu einer Absenkung des neuen Titels 682 10 681 gegenüber den Vorjahren führen, eine Erhöhung um rund 1/3 ggü. dem Ist-Wert des Jahres 2018 ist unangemessen. Unter Berücksichtigung der gehobenen Synergien stellt sich der Handlungsspielraum mit Ansatz des 2018er Ists insgesamt größer da, so dass eine Aufstockung des Titels entbehrlich ist.</p>	2021	Ansatz lt. HH 2020	Von 17.747.600 Euro	14.740.000 Euro	um 3.899.600 Euro		auf 13.848.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
2021	Ansatz lt. HH 2020										
Von 17.747.600 Euro	14.740.000 Euro										
um 3.899.600 Euro											
auf 13.848.000 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
18	AfD	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbes. des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe</b></p> <p><b>Titel 685 12 Zuschuss an Tourismus NRW e.V.</b></p> <p><b>Kürzung des Ansatzes</b></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">2021</th> <th style="text-align: left;">Ansatz lt. HH 2020</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Von 2.874.100 Euro</td> <td>1.600.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.274.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b>Begründung:</b> Portale wie booking.com, tripadvisor und regionale Informationsportale etc. bieten eine Fülle an Informationen zu Beherbergungs- und Einkehrmöglichkeiten, so dass eine weitere Darstellung über Tourismus.NRW e.V. redundant ist. Tourismus NW e.V. bedarf keiner entsprechend hohen, immer weiter zunehmenden Förderung. Zu hohe Mittel begünstigen Fehlentwicklungen: Die behauptete Schaffung einer Marke „Urbanana“ ist fehlgegangen und hat sich in keiner Weise als erkennbare Marke etabliert, offenbar waren entsprechende Aufwendungen alleine dazu geeignet, das Personal von Tourismus NRW auszulasten. Eine Straffung des Geschäftsbetriebes ist angezeigt.</p>	2021	Ansatz lt. HH 2020	Von 2.874.100 Euro	1.600.000 Euro	um 2.274.100 Euro		auf 600.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
2021	Ansatz lt. HH 2020										
Von 2.874.100 Euro	1.600.000 Euro										
um 2.274.100 Euro											
auf 600.000 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
19	AfD	<p><b>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbes. des Mittelstandes</b></p> <p><b>Titelgruppe</b></p> <p><b>Titel 686 11 Zuschuss an die Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrheinwestfälischen Handwerks e.V. (LGH)</b></p> <p><b>Kürzung des Ansatzes</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>2021</b></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">530.800</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">487.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">95.800</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">435.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Der Mittelaufwuchs ist unbegründet, die Organisation darstellbar mit den Mitteln, wie sie mit dem Ist-Wert des Jahres 2019 dokumentiert sind..</p>		<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>		Von	530.800	Euro	487.000	Euro	um	95.800	Euro			auf	435.000	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU     nein SPD     nein FDP     nein GRÜNE   nein AfD     ja</p>
	<b>2021</b>		<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
Von	530.800	Euro	487.000	Euro																			
um	95.800	Euro																					
auf	435.000	Euro																					